



Presseschau vom 25.06.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

deutsch.rt.com: **Kramp-Karrenbauer: Russland ist kein Freund Deutschlands**

Während in Moskau die verschobene Militärparade zum "Tag des Sieges" über den europäischen Faschismus und Nazideutschland stattfand, hatte auch Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer einen Auftritt, der an den Kalten Krieg erinnerte. ...

<https://de.rt.com/284q>

de.sputniknews.com: **Nicht nur in Moskau: Siegesparade fand in 28 russischen Städten statt – Fotos und Videos**

Die Militärparade zum Tag des Sieges hat dieses Jahr statt am 9. Mai am 24. Juni stattgefunden. In 28 russischen Städten, darunter in Heldenstädten und jenen, in denen die Stäbe der Militärbezirke, Armeen und Flotten disloziert sind, wurden die Paraden durchgeführt. So sah die feierliche Staffel aus, die mehr als zehn Stunden dauerte. ...

<https://sptnkne.ws/CN7z>

deutsch.rt.com: **"Unerträglich": Wissenschaftler und Kulturschaffende fordern Ende der Blockade gegen Kuba**

Während kubanische Ärzte Menschen in anderen Ländern versorgen, verschärft die Trumpf-Regierung völkerrechtswidrige Sanktionen gegen Kuba. Die Bundesregierung müsse

besonders während der EU-Ratspräsidentschaft dagegenhalten, fordert aktuell eine Reihe prominenter Stimmen. ...

<https://de.rt.com/284b>

de.sputniknews.com: **Kosovo-Präsident Thaci wegen Kriegsverbrechen angeklagt**

Vor gut 20 Jahren wütete der Unabhängigkeitskrieg im Kosovo. Die Verbrechen gegen die serbische Zivilbevölkerung blieben lange ungesühnt. Nun ist der Präsident des Landes Hashim Thaci wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen angeklagt worden. Ein für Samstag geplantes Treffen im Weißen Haus in Washington hat er deshalb abgesagt. ...

<https://sptnkne.ws/CN9H>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Truppenabzug aus Deutschland: US-Soldaten sollen teilweise nach Polen – Trump**

US-Präsident Donald Trump will nach dem geplanten Abzug von fast 10.000 US-Soldaten aus Deutschland unter anderem die US-Truppen in Polen verstärken. Dies hat er am Mittwoch in einer Pressekonferenz mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda mitgeteilt.

Der US-Präsident begründete diesen Schritt mit den aus seiner Sicht mangelnden Verteidigungsausgaben Deutschlands. Trump sagte, dass einige der Soldaten aus Deutschland in die USA zurückkehren sollten. Andere Soldaten würden an andere Standorte in Europa verlegt, und „Polen wird einer dieser anderen Orte sein“. Polen habe sich bereit erklärt, für die US-Truppen im Land zu bezahlen, so Trump. Die Präsenz in Deutschland werde „ganz wesentlich“ reduziert werden.

Trump kritisierte in diesem Zusammenhang erneut die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2, die Gas von Russland nach Deutschland bringen soll. „Deutschland bezahlt Russland Milliarden Dollar, um Energie aus Russland durch diese Pipeline zu kaufen.“ Zugleich wolle Deutschland von den USA gegen Russland verteidigt werden.

„Ich denke, dass die Menschen in Deutschland darüber sehr unglücklich sind“, äußerte der US-Präsident.

Trump sagte am Mittwoch erneut, dass die Zahl der US-Soldaten in Deutschland auf 25.000 reduziert werden soll. Derzeit sind rund 34.500 US-Soldaten in Deutschland stationiert. Mit einem Teilabzug der US-Truppen will Trump Deutschland für die aus seiner Sicht weiterhin zu geringen Verteidigungsausgaben bestrafen.

Trump verwies darauf, dass Polen neben den USA zu nur acht Nato-Staaten gehöre, die das Zwei-Prozent-Ziel des Bündnisses erfülle. Deutschland bezahle dagegen nur einen Bruchteil davon. Trump sprach von „etwas mehr als einem Prozent“, es könnte aber – je nach Berechnung – auch weniger als ein Prozent sein.

Mehr US-Truppen in Polen

Die nationalkonservative PiS-Regierung in Warschau möchte seit Langem mehr US-Truppen in ihrem Land haben – vor allem als Abschreckung gegen Russland. Die Vorstellungen reichen bis zu einer ständigen US-Militärbasis in Polen, in der polnischen Öffentlichkeit „Fort Trump“ genannt. Bislang sind US-Soldaten dort im Rotationsprinzip stationiert, nach Angaben der polnischen Regierung sollen es derzeit rund 5000 sein. Regierungsvertreter in Warschau betonten allerdings, man wolle eine Erhöhung der US-Militärpräsenz nicht auf Kosten Deutschlands.

Trumps Kritik an Nato-Partnern

Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump mehrmals einige Bündnispartner dafür kritisiert, dass ihre Ausgaben für die kollektive Sicherheit nicht ausreichend seien. Zudem hatte er die Nato-Partner dazu aufgerufen, ihre Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent des

Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erhöhen.

Das Zwei-Prozent-Ziel der Nato sieht vor, dass sich alle Alliierten bis 2024 dem Ziel annähern, mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung auszugeben. Deutschland hat die Ausgaben in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert, lag aber 2019 dennoch erst bei einem BIP-Anteil von 1,38 Prozent.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32741/91/327419185_0:65:2807:1584_1000x541_80007f46fa595fb264c44f0f44248ddbbe4f.jpg

vormittags:

wpered.su: Donezker Kommunisten gratulierten einem Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges zum Geburtstag

Vertreter der Organisation der KP der DVR im Petrowskij-Bezirk von Donezk und der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass gratulierten dem Teilnehmer des Großen Vaterländischen Krieges Iwan Sergejewitsch Semjonow zum 100. Geburtstag. Die Kommunisten wünschten ihm starke Gesundheit und überreichten ihm eine Medaille des ZK der KPRF „75 Jahre Großer Sieg“, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

de.sputniknews.com: Japan gibt Plan zur Stationierung von amerikanischen Aegis-Systemen auf

Tokio hat beschlossen, auf den Plan zur Stationierung US-amerikanischer landgestützter Raketenabwehrsysteme vom Typ Aegis Ashore im Land zu verzichten. Dies meldet am Donnerstag die Nachrichtenagentur Kyodo unter Berufung auf den japanischen Verteidigungsminister Taro Kono.

„Nach Beratungen im Nationalen Sicherheitsrat sind wir zur Entscheidung gekommen, die Stationierung (von Systemen – Anm. d. Red.) in den Präfekturen Yamaguchi und Akita abzusagen“, so Kono.

Die jüngste Sitzung des Rates fand Medienberichten zufolge unter dem Vorsitz des japanischen Premiers Shinzo Abe statt.

Zuvor war berichtet worden, dass Japans Regierung den Plan zur Stationierung US-amerikanischer landgestützter Raketenabwehrsysteme Aegis Ashore annullieren wolle.

Am 15. Juni begründete Japans Verteidigungsminister Taro Kono dies mit den hohen Kosten und technischen Problemen.

Die japanische Regierung hatte im Dezember 2017 die Entscheidung über die Stationierung von zwei bodengestützten Aegis-Ashore-Systemen bestätigt. Sie sollten zum Jahr 2023 in der nordjapanischen Präfektur Akita und in der südwestlichen Präfektur Yamaguchi aufgestellt werden.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/32368/20/323682044_0:0:999:540_1000x541_80_0_4f16c03c1b8753928d95fca6ee5f4732.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 24. Juni wurde kein Beschluss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **USA fordern UN-Sicherheitsrat zu Verlängerung von Waffenembargo gegen Iran auf**

Der US-Sonderbeauftragte für den Iran, Brian Hook, und die Ständige US-Vertreterin bei der Uno, Kelly Kraft, haben den UN-Sicherheitsrat aufgefordert, das Waffenembargo gegen den Iran zu verlängern. Dies geht aus einer Erklärung des US-Außenministeriums hervor.

„Der Sonderbeauftragte Hook und die Ständige Vertreterin Kraft forderten die Mitglieder des Sicherheitsrates auf, das Waffenembargo zu verlängern“, heißt es in der Erklärung.

Während einer Videoschleife der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates am Mittwoch gaben Kraft und Hook bekannt, die USA hätten einen Resolutionsentwurf ausgearbeitet, der die Verlängerung des Waffenembargos gegen den Iran vorsehe. Die Resolution wurde bereits Anfang dieser Woche dem Sicherheitsrat vorgelegt.

Die beiden Diplomaten behaupten, der Sicherheitsrat sollte einstimmig „die Besorgnis hinsichtlich der Lieferung von Waffen aus dem Iran“ teilen. Hook machte auch auf „alle böswilligen Aktivitäten des Iran“ aufmerksam.

Vorwürfe gegen Teheran

Der Resolutionsentwurf bezieht sich auf alle jüngsten Vorwürfe gegen den Iran: Unter anderem verweisen die Verfasser auf den Bericht des UN-Generalsekretärs, dem zufolge die Marschflugkörper, die im September 2019 beim Angriff auf saudi-arabische Ölraffinerien in Abqaiq und Churais eingesetzt worden waren, iranischer Abstammung waren. Zudem wird der Bericht des UN-Expertenteams zur Situation im Jemen erwähnt, in dem behauptet worden war, der Angriff sei nicht von Huthi-Rebellen ausgeführt worden.

Die Verfasser des Entwurfs werfen Teheran auch vor, Öltanker angegriffen zu haben. Zudem solle der UN-Sicherheitsrat „ernsthafte Besorgnisse über den Angriff auf den irakischen Militärstützpunkt in Kirkuk am 27. Dezember zum Ausdruck bringen, bei dem ein US-Bürger getötet und mehrere US-amerikanische und irakische Militäranghörige verletzt wurden“.

Lawrow richtet Schreiben an UN-Generalsekretär

Zuvor hatte der russische Außenminister, Sergej Lawrow, ein Schreiben an den UN-Generalsekretär, Antonio Guterres, gerichtet, in dem er erwähnte, dass ranghohe Beamte des US-Außenministeriums an der Verhängung eines unbefristeten Waffenembargos gegen den Iran durch den Sicherheitsrat dringen würden. Zu diesem Zweck möchten sie die von der Resolution 2231 vorgesehenen Mechanismen einsetzen, hieß es. Die Resolution 2231 regelt die Schaffung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA).

Es gebe keine objektiven Gründe, um die Frage eines Waffenembargos gegen den Iran

aufzuwerfen, betonte der russische Minister. Das Bewilligungsverfahren für die Lieferung von militärischer Ausrüstung an den Iran habe einen vorübergehenden Charakter gehabt und darauf abgezielt, die 2015 erreichten Vereinbarungen auf den Weg zu bringen. Derzeit sei es nicht mehr relevant, so Lawrow.

Beschränkungen für Waffenlieferungen an den Iran nach dem 18. Oktober 2020 seien „nie beabsichtigt gewesen, und es gibt keine rechtlichen oder anderen Gründe, um diese Haltung neu zu überdenken“.

Atomdeal mit Teheran

Der Iran und die internationale Sechsergruppe (die fünf UN-Vetomächte und Deutschland) hatten im Juli 2015 den sogenannten Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPOA) vereinbart. Der Iran verpflichtete sich, sein Atomprogramm herunterzufahren, im Gegenzug sollten die Wirtschaftssanktionen der Uno, der USA und der EU aufgehoben werden.

Am 8. Mai 2018 stiegen die USA einseitig aus dem Deal aus und verhängten schärfere Sanktionen gegen Teheran. Ein Jahr später gab die Staatsführung in Teheran bekannt, auf die Einhaltung der Beschränkungen im Bereich der Urananreicherung künftig etappenweise zu verzichten. Das Land wolle jedoch die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) fortsetzen und werde bei Aufhebung der Sanktionen seine Verpflichtungen wieder erfüllen, hieß es aus Teheran.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 24. Juni 3:00 Uhr bis 25. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden sechs Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung festgestellt, die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse betrug 31.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Ölpest in Sibirien: Weitere 55 Kubikmeter kontaminiertes Wasser entfernt

Knapp vier Wochen nach dem Dieseltreibstoff-Austritt in einem Heizkraftwerk nahe der nordsibirischen Stadt Norilsk sind nach Angaben des russischen Zivilschutzministeriums rund 33.000 Kubikmeter ölhaltiges Wasser vom Unfallort entfernt worden.

„In den zurückliegenden 24 Stunden wurden 55 Kubikmeter (insgesamt 32.951 Kubikmeter) des Brennstoff-Wasser-Gemisches befördert. Drei Kubikmeter (insgesamt 25.371 Kubikmeter) davon wurden aus dem Fluss Amarnaja und weitere 50 Kubikmeter (insgesamt 7418 Kubikmeter) aus Sammelbecken abgepumpt“, sagte ein Sprecher des Operativstabs vor Journalisten am Donnerstag.

2404 Tonnen kontaminierten Oberflächenbodens (insgesamt 138.796 Tonnen) seien in die Lagerstätten des Heizkraftwerkes TEZ-3 befördert worden.

5,5 Kilometer des Uferrandes sowie 10.000 Quadratmeter der kontaminierten Fläche und neutralisierten Wasseroberfläche seien mit Sorptionsmitteln bearbeitet worden. Seit dem Beginn der Aufräumarbeiten seien bereits 103,1 Kilometer des Uferrandes und 197.400 Quadratmeter kontaminierten Territoriums bearbeitet worden.

Derzeit seien bei den Säuberungsmaßnahmen 495 Menschen und 248 Fahrzeuge im Einsatz. Auch sechs Luftfahrzeuge würden dazu kommen, hieß es.

Am 29. Mai war es bei einer Havarie im Heizkraftwerk TEZ-3 in der nordostsibirischen Stadt Norilsk zu einem Austritt von über 21.000 Tonnen Dieseltreibstoff gekommen, als einer der

Dieselmotortank durch ein starkes Absinken der Fundamentstützen beschädigt worden war. Das Heizkraftwerk ist im Besitz der Aktiengesellschaft NTEK, die der Bergbaugruppe Norilsk Nickel gehört.

Norilsk Nickel führt den Unfall auf die Erwärmung im Permafrost zurück, die die Pylone unter den Kraftstofftanks in Bewegung setzte.

Nach der Havarie wurde in der ostsibirischen Region Krasnojarsk der Notstand ausgerufen. Das Zivilschutzministerium gab bekannt, die ausgelaufenen Kraftstoffmengen seien lokalisiert worden. Zum Vorfall wird ermittelt, ein Strafverfahren wurde eingeleitet.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32741/98/327419847_0:94:1764:1048_1000x541_800_0_0_fa55b62f9627bbb5fa347a136cf3cefe.jpg

Mzdnr.ru: Am 24. Juni wurden in der DVR 15 neue Fälle von Coronavirusinfektionen registriert, teilt das Gesundheitsministerium mit.

Alle neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu zuvor Infizierten, darunter sind drei medizinische Beschäftigte, ein Krankenwagenfahrer und drei Kinder, die sich bei ihren bereits erkrankten Eltern infiziert haben. Derzeit ist der Zustand der Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige ärztliche Behandlung.

Am 25. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1069 Fälle von Infektion registriert. 695 Patienten sind derzeit in Behandlung, 308 als gesund entlassen, es gibt 66 Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Truppen-Verlegung nach Polen ist „starkes Signal“ für Russland – Trump**

Trotz der Verlegung von zusätzlichen Soldaten nach Polen will US-Präsident Donald Trump gute Beziehungen zu Russland aufbauen. Das sagte er auf einer Pressekonferenz nach dem Treffen mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda im Weißen Haus.

„Trotz all dem rechnen wir damit, dass wir mit Russland auskommen werden, dass wir mit allen auskommen werden“, sagte Trump.

Jüngsten Angaben zufolge werden die USA etwa 2000 zusätzliche Soldaten nach Polen schicken und deren Präsenz damit auf 7000 erhöhen. Außerdem werden die Vereinigten Staaten polnischen Medien zufolge etwa 30 F-16-Jäger nach Polen entsenden.

Wie Trump weiter sagte, sei die Truppenverlegung „ein starkes Signal“ für Russland. Erneut zeigte er sich empört, dass Deutschland Gas in Russland kauft. ...

Lug-info.com: Am 25. Juni um 9:00 Uhr sind in der LVR insgesamt 494 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

429 Menschen wurden insgesamt nach zwei negativen Tests als gesund entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es elf Todesfälle.

de.sputniknews.com: **Duda: US-Truppen in Polen schützen US-Investitionen**

Der polnische Präsident Andrzej Duda hat die amerikanischen Soldaten in seinem Land als zusätzliche Sicherheitsgarantie für US-Investitionen bezeichnet. Über eine Verstärkung des amerikanischen Truppenkontingents in Polen hat Duda am Mittwoch bei einem Treffen mit US-Staatschef Donald Trump in Washington beraten.

Bei einer Facebook-Fragestunde nach dem Treffen mit Trump verwies Duda darauf, dass US-Konzerne in der letzten Zeit in Polen erheblich investiert hätten, weil „sie sich in Polen sicher fühlen“ und sich keine Sorgen um ihre Investments machten.

„Ich denke, die Präsenz amerikanischer Soldaten ist eine zusätzliche Garantie“, äußerte der polnische Präsident. „Ich denke, dieser Faktor ist von Bedeutung.“

Derzeit sind rund 5000 US-Soldaten in Polen stationiert. Beide Staaten einigten sich darauf, die Stärke des Kontingents um 1000 zu erhöhen.

Mitte Juni hatte US-Präsident Trump einen Abzug von fast 10.000 US-Soldaten aus Deutschland angekündigt. Ein Teil von ihnen soll nach Polen verlegt werden.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32720/84/327208457_0:199:3076:1863_1000x541_80_0_0_0aaa641cfc9ef06de57e86e38d0aea78.jpg

Dnronline.su: Heute, am 25. Juni, hat die Einreise in die DVR über den Kontroll- und Passierpunkt „Jelenowka“ nach Listen von Personen, die auf das Territorium der DVR einreisen wollen, begonnen.

„Etwa acht Fahrzeuge, die vom Territorium der Ukraine eingetroffen sind, wurden desinfiziert, es gab eine erste medizinische Untersuchung, jetzt werden Dokumente ausgefüllt. Aus der DVR sind zwei Busse eingetroffen, um die Menschen zur Quarantäne in medizinische Einrichtungen der Republik zu bringen“, berichtet ein Korrespondent der offiziellen Seite der DVR.

Wie bereits mitgeteilt wurde, müssen Personen, die in die Liste der in die DVR Einreisenden aufgenommen werden wollen, sich an den behördenübergreifenden Stab „Gesunder Verkehr“ wenden.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **300 Bauarbeiter des modernen russischen AKWs Kursk-2 wegen COVID-19 isoliert**

Ein Arbeiter, der am Bau des Kernkraftwerkes Kursk-2 beteiligt war, hat seine Corona-Infektion verheimlicht, weswegen knapp 300 Mitarbeiter unter Quarantäne gesetzt werden

sollten. Über diesen „empörenden Fall“ teilte der Chef des Staatskonzerns Rosatom, Alexej Lichatschow, am Donnerstag mit.

Der erkrankte Mitarbeiter soll zwei Tage lang mit Fieber zur Arbeit gegangen sein, die Krankheit verheimlicht und Antipyretikum eingenommen haben.

„Danach wurde er krankgeschrieben, blieb aber in der Gemeinschaftsunterkunft und wurde nicht isoliert. Dort hat er 27 Menschen infiziert, davon mussten acht ins Krankenhaus eingeliefert werden“, sagte Lichatschow in einer Video-Ansprache an die Vertreter der Atombranche Russlands.

Nun müsse die ganze Unterkunft in Quarantäne gehen und die Baustelle verliere für zwei Wochen knapp 300 Arbeiter. Lichatschow rief auf, Schlussfolgerungen aus diesem Fall zu ziehen, der das Leben und die Gesundheit Dutzender Menschen in Gefahr gebracht hatte. Kursk-2 soll die aktuell betriebenen Blöcke des Kursk-Kernkraftwerkes ersetzen, die zur Zeit der Sowjetunion gebaut wurden. Bei Kursk-2 handelt es sich um zwei Einheiten des modernen Typs WWER-TOI. Kursk-2 ist das erste Neubauprojekt mit diesem Reaktortyp. Die Bauarbeiten für den ersten Block wurden im April 2018 aufgenommen.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 25.06.2020

Am 24. Juni wurde nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK **kein Beschuss** von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

Wir rufen die ukrainischen Soldaten auf, auch weiter das Regime der Feueereinstellung einzuhalten und nicht die verbrecherischen Befehle zu erfüllen, um ihr Leben und das ihrer Kameraden zu erhalten.

Wir stellen weiter Fälle der **Stationierung von Militärtechnik** der bewaffneten Formationen der Ukraine auf dem zeitweilig von Ukraine kontrollierten Territorium fest.

In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung von zwei Schützenpanzern auf dem Gebiet eines privaten Hauses in Wodjanoje, dass von Kämpfern des 8. Bataillons der 10. Brigade besetzt ist, registriert.

Die Militärtechnik, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert ist, wird vom Gegner weiterhin sorgfältig gegenüber den Mitarbeitern der OSZE-Mission verheimlicht.

So wurden **von Nationalisten des Bataillons „Ajdar“** im Verantwortungsbereich der 53. Brigade im Gebiet von Nowotroizkoje auf persönliche Anweisung des Brigadekommandeurs Titenko **zusätzliche provisorische Checkpoints eingerichtet, um die Bewegung von Beobachtern der OSZE-Mission zu kontrollieren.**

Nach Angaben unserer Quellen im Stab der OOS **plant das ukrainische Kommando die Durchführung einer Reihe von Provokationen**, die mit dem Passieren von Zivilisten an den Kontroll- und Passierpunkten verbunden sind.

Es wurde festgestellt, dass Vertreter von acht ukrainischen und ausländischen Informationsagenturen, darunter TK „Inter“, TK „1+1“, das Programm „TSN Nedelja“, TRK „5. Kanal“, TK „Ukraina 24“, Radio „Swoboda“, TRK ICTV „Fakty“, die Zeitung „Priasowskij Rabotschij“ und die französische Agentur „France Presse“, in die OOS-Zone geschickt wurden, um die Führung der Republik der Schaffung unerträglicher Bedingungen für den Übertritt über die Kontaktlinie durch Bürger der Republik und der Ukraine zu beschuldigen.

Wir erinnern daran, dass Mitarbeiter der MfS der DVR zuvor eine weitere blutige Provokation unterbunden haben, die von ukrainischen Soldaten an der Straße zwischen dem KPP „Alexandrowka“ und dem KPP „Marjinka“ geplant war.

Nach unseren Informationen ist man im Generalstab der BFU vor dem Hintergrund **massenhafter Diebstähle an Material, das im Rahmen ausländischer militärisch-technischer Hilfe eingetroffen ist**, in den Einheiten der OOS beunruhigt ist. Im Stab der

OOS liegen Anweisungen vor, gemäß denen verlangt wird, bis zum 30. Juni Daten über das Vorhandensein von Nachtsichtmonokularen AN/PVS-14 und Scharfschützengewehren des Typs „Barrett“ amerikanischer Herkunft an den übergeordneten Stab zu übermitteln. Außerdem ist in dem Dokument von der Notwendigkeit die Rede, Material, das seit Beginn der Kämpfe von Freiwilligenorganisationen übergeben wurde, in die Buchhaltung der materiellen Mittel aufzunehmen.

Es sind **weitere nicht kampfbedingte Verluste der ukrainischen Formationen** festzustellen.

Ein weiterer Fall ereignete sich im Verantwortungsbereich des 108. Bataillons der 10. Gebirgstruppenbrigade im Gebiet von Schirokino. Auf Anweisung eines Bataillonskommandeurs haben Kämpfer entgegen den Minsker Vereinbarungen Arbeiten zur zusätzlichen Ausrüstung von Positionen durchgeführt. Infolge der Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen wurden drei ukrainische Kämpfer durch die Detonation eines technischen Sprengsatzes verletzt. Einer von ihnen, der Soldat Schtschepka wurde in ernstem Zustand in ein Krankenhaus in Mariupol eingeliefert. Die übrigen zwei Kämpfer erlitten Detonationsverletzungen.

de.sputniknews.com: **Russischer Außenpolitiker: Keine zusätzlichen US-Truppen in Polen**

Russland droht den USA mit Konsequenzen, sollten US-Truppen aus Deutschland teilweise nach Polen verlegt werden. Der prominente russische Außenpolitiker Konstantin Kossatschow drohte am Donnerstag bei Facebook mit "Gegenmaßnahmen". Details nannte er nicht.

«Wenn es mehr militärische Präsenz an unseren Grenzen gibt, wird dies zu Gegenmaßnahmen führen. Und das wird dann für alle noch schlimmer», schrieb der russische Außenpolitiker Konstantin Kossatschow am Donnerstag bei Facebook. Kossatschow leitet den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Föderationsrates der Russischen Föderation.

US-Präsident Donald Trump hatte zuvor bekräftigt, dass die Präsenz der US-Soldaten in Deutschland "ganz wesentlich" auf 25 000 reduziert werden solle. Einige der Soldaten aus Deutschland sollten in die USA zurückkehren. Andere würden an andere Standorte in Europa verlegt, und "Polen wäre einer dieser anderen Orte", sagte der Präsident.

Ein Truppenabzug an sich wäre ein gutes Signal gewesen und eine Bestätigung für Washingtons Bereitschaft, "mit Russland auskommen" zu wollen, meinte Kossatschow. "Das Problem ist, wohin genau die Truppen aus Deutschland gehen werden." Sollte ein Teil nach Polen geschickt werden, entspräche das nicht dem US-Wunsch nach einem Miteinander mit Moskau, schrieb der Außenpolitiker. Trump wisse auch, "dass es in Polen nicht an Phobien zum Thema "russische Bedrohung" mangelt".

Russland kritisiert seit langem die aus Sicht Moskaus hohe Nato-Präsenz im Osten Europas und an seinen Grenzen. Polen bemüht sich um eine stärkere Truppenpräsenz der USA.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32587/34/325873459_0:133:3010:1761_1000x54180_0_0_0383215e6dd6ac7e44966432c6d1aa33.jpg

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde in den letzten 24 Stunden **kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt. Die BFU nutzen weiter das Regime der Feueereinstellung zur Verminung des von ihnen kontrollierten Territoriums.

Trotz der Gefahr für Zivilisten hat eine technische Gruppe der 25. Brigade in einem Waldstück am südlichen Rand von Stschastje 50 Antipersonenminen PMN-2 installiert. Zuvor hatte unsere Aufklärung die Installation von Antipanzermi-
ninen TM-63 am westlichen Rand von Stschastje festgestellt.

Wir wenden uns an die Einwohner der frontnahen Territorium, die zeitweilig von der Ukraine kontrolliert sind, nehmen Sie zur Vermeidung von Schaden an Leben und Gesundheit vom Besuch von Wald- und ufernahen Zonen Abstand, und an die Vertreter der internationalen Organisation „HALOTrust“, die in der OOS-Zone tätig ist, dass sie ihre Aufmerksamkeit auf die kriminellen Handlungen der ukrainischen Truppen richten, die dem Vertrag von Ottawa widersprechen. ...

de.sputniknews.com: **„Manipulativ und irreführend“: Türkei zeigt sich von Boltons Enthüllungsbuch empört**

Das Enthüllungsbuch des Ex-Beraters des US-Präsidenten für nationale Sicherheit, John Bolton, hat nun auch in der Türkei Aufsehen erregt. Laut dem Vertreter der Administration des türkischen Staatschefs, Fahrettin Altun, werden die Beziehungen zwischen dem türkischen und dem US-Präsidenten in dem Druckwerk „manipulativ und irreführend“ beschrieben.

„Die jüngste Veröffentlichung eines Buches, das von einem ehemaligen hochrangigen US-Beamten verfasst wurde, enthält irreführende, einseitige und manipulative Ansichten über Gespräche unseres Präsidenten (Recep Tayyip – Anm. d. Red.) Erdogan mit dem US-Präsidenten (Donald – Anm. d. Red.) Trump“, schrieb der Chef des Kommunikationsdepartments der Administration des türkischen Staatschefs auf Twitter.

„Wir finden es verwerflich, dass ehemalige hochrangige Beamte versuchen, ernsthafte diplomatische Verhandlungen und Bemühungen zur Regelung ungelöster Fragen zwischen Verbündeten wie die USA und die Türkei, für innerstaatliche Zwecke zu nutzen“, unterstrich Altun.

Er zeigte sich zuversichtlich, dass sich die türkisch-amerikanischen Beziehungen weiterentwickeln würden.

„Präsident Erdogan wird seine offenen, ehrlichen und direkten Gespräche mit Präsident Trump fortsetzen“, fügte Altun hinzu.

Am 20. Juni erlaubte ein US-Gericht trotz Einwänden aus dem Weißen Haus die Veröffentlichung des knapp 600-seitigen Buches des Ex-Trump-Vertrauten John Bolton. Der Veröffentlichungstermin war zuvor mehrmals verschoben worden. Das Justizministerium der USA hatte Bolton aufgefordert, den Inhalt des Buches mit den Behörden abzustimmen und die Administration des US-Präsidenten hatte wiederholt darauf hingewiesen, dass negative Kommentare zu Donald Trump und Geheiminformationen, die angeblich in dem Buch enthalten seien, aus dem Druck-Erzeugnis entfernt werden müssten.

dnronline.su: **Das Oberhaupt der DVR Denis Puschlin hat heute das republikanischen traumatologische Zentrum besucht und sich mit Soldaten unterhalten, die schwer verletzt wurden.**

Drei Soldaten der Volksmiliz kamen praktisch gleichzeitig in die medizinische Einrichtung.

Die Geschichte von zwei von ihnen ist ein Beispiel echten militärischen Muts und Ehre. Ein Soldat geriet bei der Bergung seines verletzten Kameraden auf eine Mine des Gegners, ein zweiter wurde durch Beschuss von Seiten der BFU schwer verletzt, als er sich auf einem Beobachtungsposten befand. In jedem Fall mussten die Ärzte zur Amputation von Gliedmaßen schreiten. Einer der Soldaten verlor leider beide Beine.

Das Republikoberhaupt interessierte sich zuerst für die Gesundheit der Soldaten und versicherte ihnen, dass sie sich zu allen Fragen bezüglich Prothesen immer an ihn um Unterstützung wenden können.

„Das Wichtigste ist, nicht den Mut sinken zu lassen! Bei allem, was Prothesen und die weitere Rehabilitation betrifft, kommen Sie, wir werden helfen! Ich verspreche, dass ich Sie persönlich in allen Fragen unterstützen werde“, sagte Denis Puschilin.

Außerdem unterstrich das Staatsoberhaupt, dass er die Fragen des sozialen Schutzes von Soldaten und ihren Familien für vorrangig hält. Derzeit läuft Arbeit zu Änderungen in einer Reihe von grundlegenden Gesetzen, die diesen Bereich regeln. Die Zahlung von Renten an Soldaten soll in diesem Jahr beginnen. Die Lage der Dinge in dem Bereich hängt mit der Zuerkennung des Status‘ eines Teilnehmers an Kampfhandlungen zusammen. Es wurde eine Liste von militärischen Formationen erstellt, bei denen die Mitgliedschaft einer Person das Recht auf diesen Status gibt. Es wird ein Mechanismus zur Behandlung von Anträgen erarbeitet, Finanzquellen für das Programm und mögliche Fristen für den Beginn seiner Umsetzung werden festgelegt.

Die Soldaten dankten Denis Puschilin für die Aufmerksamkeit und sein nicht gleichgültiges Herangehen an ihre Probleme und an die die allgemeinen Probleme aller Soldaten der Republik.

de.sputniknews.com: **Türkei wirft EU und Griechenland Verletzung von Rechten der Flüchtlinge vor**

Die Türkei hat die EU und Griechenland aufgerufen, mit der Verletzung der Rechte der Flüchtlinge aufzuhören und ihren Verpflichtungen nachzukommen, anstatt Ankara zu kritisieren.

Mit dieser Äußerung trat der Pressesprecher des türkischen Außenministeriums, Hami Aksoy, am Donnerstag als Reaktion auf die Kritik aus dem griechischen Außenministerium auf. Der griechische Außenminister Nikos Dendias hatte der Türkei zuvor vorgeworfen, die Stabilität und Sicherheit im östlichen Mittelmeerraum zu untergraben und die Souveränität von Libyen, Syrien, dem Irak und Zypern zu verletzen. Diese Erklärung gab Dendias am Rande eines gemeinsamen Besuchs mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell in der Stadt Kastanies in der Region Evros an der Grenze zur Türkei ab. Laut Dendias hat die Türkei Migranten aktiv hierher geschickt, damit sie die Grenze überqueren, aber „der Erpressungsversuch ist fehlgeschlagen“.

„Die Erklärungen von Dendias sind ein neuer Versuch, Verbrechen gegen Flüchtlinge in Griechenland unter dem Deckmantel der EU zu verbergen. Die EU-Mitglieder sind verpflichtet, die Rechte von Flüchtlingen zu schützen. Wir fordern die EU und Griechenland auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen, anstatt Vorwürfe gegen unser Land zu erheben“, sagte Aksoy.

Er bezeichnete die Aussagen des griechischen Ministers über die Aktionen der Türkei in der Ägäis und im östlichen Mittelmeerraum als „völlig realitätsfremd“.

„Es ist die höchste Zeit für Griechenland und Zypern, die Illusionen über die Isolation der Türkei an ihren Ufern loszuwerden und zu glauben, dass dies im Einklang mit dem Völkerrecht steht“, hieß es weiter.

Es bringe Griechenland keinen Nutzen, unter Beteiligung der EU Bündnisse zu schließen, die der Türkei feindlich gegenüberstünden. Es solle die legitimen Rechte der Türkei respektieren und bestehende Probleme durch Verhandlungen lösen, sagte der türkische Diplomat.

de.sputniknews.com: **Skyborg – US-Luftwaffe zeigt auf Video neues Angriffskonzept**

Ein Team von unbemannten Luftfahrzeugen, befehligt von einem bemannten Kampffjet, operiert in einem hochriskanten Einsatzgebiet – die US Air Force erforscht weiterhin neue Einsatzverfahren im Rahmen des Kampffjetprogramms Next Generation Air Dominance (NGAD). Das Portal „The Drive“ berichtet.

Das Vorhaben, ein Luftkampfkonzept der Zukunft zu entwickeln, scheint Gestalt anzunehmen: „Skyborg“ heißt ein KI-gesteuertes Fluggerät, das in einem Einsatzverbund quasi als „Fußsoldat“ eines bemannten Kampffjets dienen soll. Die Air Force hat „Skyborg“ im März letzten Jahres in der Öffentlichkeit vorgestellt und zeigt jetzt weitere Details des Konzepts.

Das Design: Ein Rumpf mit Tarnkappeneigenschaften, mittig montierte Tragflächen und ein V-förmiges Leitwerk. Ein auf dem Rumpfrücken positionierter Lufteinlass führt zu einem kleineren Strahltriebwerk mit abgeschirmter Austrittsdüse. Im vorderen Rumpfteil befindet sich ein Laderaum für modulare Ausrüstung; zwei Waffenschächte stehen zur Verfügung – unterhalb des Rumpfes, zwischen dem Dreipunkt-Fahrwerk.

Die „Skyborg“ soll viele verschiedene Einsätze autonom bewältigen können, schreibt „The Drive“: Luftkampf, Angriff gegen Bodenziele, Niederschlagung der Flugabwehr sowie Aufklärung, Nachrichtengewinnung und Überwachung. Sobald das System als Drohne erfolgreich erprobt worden ist, könnte es auch in einem bemannten Kampffjet getestet werden – als virtueller, KI-gesteuerter Copilot, so das Portal.

Eine wichtige Anforderung an die „Skyborg“ ist die Resilienz. Das wird auch im Video ausführlich erklärt. Gemeint ist die Fähigkeit zu autonomen Einsätzen in einem Umfeld ohne verlässliche Datennetze – das heißt, ohne Zugriff auf GPS oder Verbindung zum Leitstand. Dabei soll die Drohne viele Aufgaben autonom ausführen: vom einfachen Starten und Landen bis hin zur Entscheidungsfindung in dynamischen Situationen mit mehreren Variablen. Laut dem Portal ist für die „Skyborg“ außerdem die Einsatzmöglichkeit als fliegender Daten-Hub vorgesehen, für den schnellen Informationsaustausch zwischen bemannten und unbemannten Flugzeugen einer Einsatzgruppe. Hierfür entwickelt die Air Force das sog. Advanced Battle Management System (ABMS).

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/c20stzeSr5g" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/c20stzeSr5g>

abends:

de.sputniknews.com: **Seoul strebt keine Systemveränderung in Pjöngjang an – Präsident Moon**

Südkorea wird laut seinem Staatschef Moon Jae In im Ringen um einen dauerhaften Frieden keine Systemveränderung in Nordkorea verfolgen.

„Ich hoffe, dass wir zuerst freundschaftliche Nachbarn werden, bevor wir über eine Wiedervereinigung reden“, sagte Moon am Donnerstag bei einer Gedenkveranstaltung auf dem Militärflughafen in Seoul zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Korea-Krieges.

„Wir haben nicht die Absicht, Nordkorea in unser System zu zwingen“, sagte Moon Jae In. Südkorea ist ihm zufolge gegen Krieg. Der Wettbewerb um politische und wirtschaftliche Systeme sei schon vor langer Zeit entschieden worden.

Dabei verwies er darauf, dass das Bruttoinlandsprodukt Südkoreas zurzeit um das Fünfzigfache größer als das Nordkoreas sei. „Und unser Handel ist um 400 Mal größer“, so Moon.

Zudem wandte sich Moon mit einem pathetischen Friedensappell an das Nachbarland. „Ich hoffe, Nordkorea wird sich ebenfalls mutig den Bemühungen anschließen, den traurigsten Krieg in der Weltgeschichte zu beenden.“

Beziehungen zwischen Nord und Süd

Beide Länder befinden sich völkerrechtlich noch immer im Kriegszustand. Der dreijährige Bruderkrieg endete mit einem Waffenstillstandsabkommen, ein Friedensvertrag wurde bis heute nicht geschlossen.

Die stark befestigte und zum großen Teil noch vermint demilitarisierte Zone (DMZ) trennt die koreanische Halbinsel seit dem Ende des Korea-Kriegs (1950-53) auf einer Breite von vier Kilometern und einer Länge von etwa 250 Kilometern.

Die Spannungen zwischen Nord und Süd verschärfen sich derzeit wieder. Nordkorea hatte zuletzt verärgert auf eine Flugblattaktion in Südkorea reagiert, bei der Bürgerorganisationen Ende Mai nahe der Grenze circa 500.000 in Ballons verpackte Flugblätter mit Kritik an der Führung in Pjöngjang in Richtung Norden geschickt hatten. Nordkorea wirft der Regierung in Seoul vor, diese häufig durchgeführte Kampagne zu tolerieren.

Am vergangenen Dienstag war berichtet worden, dass Nordkorea nach südkoreanischen Angaben das innerkoreanische Verbindungsbüro in der Grenzstadt Kaesong gesprengt hätte. Das ereignete sich nach der Unterbrechung aller Kommunikationsleitungen zu Südkorea. Am Mittwoch hatte Pjöngjang erklärt, die geplanten Militäraktionen vorerst zu stoppen.